



Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen/Betriebsorganisation in der **SPD**  
Landesverband Schleswig-Holstein

## P R E S S E M E L D U N G

### **Gute Pflege braucht ausreichend Personal**

Die schleswig-holsteinische Sozialdemokratie, die SPD-Landtagsfraktion und der Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer im SPD-Landesverband (AFA SH) fordern deutlich mehr Personal in der Pflege und ergreifen im Landtag eine entsprechende Initiative:

„Personalbesetzungen, Qualität und Sicherheit in der Pflege sind eng miteinander verknüpft. Eine angemessene Personalausstattung in der Pflege im Krankenhaus sowie in der Altenpflege ist unabdingbar für die Qualität der Patientenversorgung und die Arbeitssituation der Beschäftigten.

Wir fordern die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine bundesweit einheitliche verbindliche Personalbemessung unter Berücksichtigung der individuellen krankheits- oder pflegebedingten Anforderungen in allen Bereichen der Kranken- und Altenpflege einzusetzen“, heißt es im SPD-Antrag zur nächsten Landtagsitzung.

„Wir stehen mit unserer Initiative den Beschäftigten in den Pflegeeinrichtungen und der zuständigen Gewerkschaft ver.di uneingeschränkt zur Seite. Die Fachkräftesicherung und Nachwuchsgewinnung in den Pflegeberufen ist zu intensivieren. Dies wird ohne eine grundlegende Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Kliniken, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen nicht gelingen. Eine deutlich bessere personelle Ausstattung und finanzielle Aufwertung für die Tätigkeiten an und für Menschen ist ohne Alternative. Der Gesetzgeber muss folglich bundesweit einheitlich und verbindlich die Personalbemessung regeln, damit die eklatanten Defizite und beispiellosen Engpässe konsequent abgebaut werden“, so Frank Hornschu, AFA-Landesvorsitzender im SPD-Landesverband Schleswig-Holstein.

Bis 2020 fehlen nach seriösen Berechnungen in Schleswig-Holstein bis zu 10.000 Pflegefachkräfte. „Wir schließen uns in diesem Zusammenhang der Auffassung der Agentur für Arbeit an, die auch die Arbeitgeber in der Pflicht sieht. Die Arbeitgeber sind aufgefordert Chancen einer familienorientierteren Personalpolitik, attraktiveren Gehaltsstruktur und Karriereperspektiven zu eröffnen“, so Hornschu abschließend.